

**AKTUELL**

In eigener Sache	8
Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	15
Tierschutz & Ethik	18
Umweltpolitik & Umweltrecht	18
Verkehr & Tourismus	21
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	25

**VERBÄNDE**



DNR intern	26
Aus den Verbänden	26
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 29  
Schwerpunkt: Bildungslandschaften

**THEMEN DES MONATS**

Agrarpolitik

## Grüne Kreuze und Bauerndemos

**Wir brauchen eine echte Wende in der Landwirtschaft, die  
Arten- und Höfesterben gleichermaßen angeht**  
Seite 2

Internationale Chemikalienpolitik

## Neustart für Nachhaltigkeit

**Die Internationale Konferenz zum Chemikalienmanagement  
im Oktober 2020 in Bonn will neue Ansätze liefern**  
Seite 4

Umweltprüfung im ländlichen Raum

## Städtebauliche Fehlentwicklungen

**Wohnungsmarkt wird in den Brennpunkten nicht entlastet,  
ökologisch ist der Paragraph 13b nicht vertretbar**  
Seite 6

Interview: Cornelia Heydenreich zum deutschen Lieferkettengesetz

## „Neue Dynamik auf EU-Ebene“

Seite 23

## Agrarpolitik

# Grüne Kreuze, Bauerndemos und Reformstau

Wir brauchen eine echte Wende in der Landwirtschaft, die Arten- und Höfesterben gleichermaßen angeht

**Die Proteste von LandwirtInnen gegen das kürzlich verabschiedete Agrarpaket nehmen an Fahrt auf. Das Aufeinanderprallen von Blockadehaltungen, Beharrungsvermögen, Bauernbashing und Bienenschutz zeigt, dass dringend an einem breiten gesellschaftlichen Konsens gearbeitet werden muss. Denn so kann es nicht weitergehen, sonst hat bäuerliche Landwirtschaft keine Perspektive. ■ VON CHRISTIAN REHMER, BUND**

Schlepper an Schlepper. Blockierte Innenstädte. Wütende Bauern, gespenstische grüne Kreuze am Wegesrand und eine neue Protestbewegung. Im Herbst machten Deutschlands Bäuerinnen und Bauern ihrem Unmut ordentlich Luft. Sie stellten als stillen Protest grüne Kreuze auf und folgten zu Zehntausenden den Demoaufrufen. Die Medien, die Öffentlichkeit und selbst die herrschende Agrarpolitik sahen sich einem unerwarteten Protest gegenüber. Doch wofür oder besser wogegen die Landwirtinnen und Landwirte ihre Höfe verließen und auf die Straße gingen, blieb weitgehend unklar. Ein bunter Blumenstrauß an Kritikpunkten und wenig konkrete Forderungen verwirrten zusätzlich.

Mit den grünen Kreuzen, die auf eine Idee des Landwirts Bauer Willi zurückgehen, sollte gegen das vom Bundeskabinett im September 2019 verabschiedete Agrarpaket protestiert werden. Zum Paket gehören das Aktionsprogramm Insektenschutz, die Einführung einer (freiwilligen) Tierwohlkennzeichnung und eine Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes. Zuvor wurden Änderungen an der Düngerverordnung diskutiert und nach Brüssel gemeldet. Die vier Vorhaben haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Betriebe. Während Einschränkungen beim chemischen Pflanzenschutz vor allem Acker- und Obstbaubetriebe treffen, belasten Verschärfungen im Düngerecht einige Betriebe vor allem in den nitratbelasteten Gebieten der Republik. Die möglichen Kürzungen bei der Flächenprämie wirken sich auf alle Betriebe aus, die Flächenprämie beantragen. Die Tierwohlkennzeichnung wird vorerst nur für Schweinemastbetriebe gelten.

Auf den Höfen herrscht Sorge aufgrund dieser umwelt- und tierschutzpolitischen Änderungen. Hinzu kommt die Empörung über das geplante Mercosur-Abkommen sowie ein gefühltes Bauernbashing. Darunter wird eine einseitige Schuldzuweisung an die Landwirtschaft verstanden – etwa im Hinblick auf Artenerhalt, Klimaschutz oder Tierwohl. Was anfangs nur durch das Aufstellen der grünen Kreuze sichtbar wurde, führte im Oktober und November zu größerem Protest. Die Demos organisierte ein neues Netzwerk namens „Land schafft Verbindung“, welches hauptsächlich über dezentrale Social-Media-Gruppen kommunizierte – größtenteils am Bauernverband vorbei.

## Botschaften an die falsche Adresse

Grundsätzlich ist es mehr als legitim, für die eigenen Interessen auf die Straße zu gehen und gegen politische Entscheidungen zu protestieren, wenn man sie für falsch hält. Das gilt auch für die grünen Kreuze und die Bauernproteste. Problematisch ist allerdings, welche Botschaften dabei ankommen: gegen Änderungen im Pestizidrecht, um Insekten besser zu schützen. Gegen eine Kürzung der Direktzahlungen, die etwa 280 Euro pro Hektar betragen, um 4,50 Euro im kommenden Jahr – was den Bundesländern 75 Millionen Euro für sinnvolle Maßnahmen in der zweiten Säule einbringt. Gegen die von der EU-Kommission dringend angemahnten Verschärfungen im deutschen Düngerecht, da dieses seit über 25 Jahren so mangelhaft ist, dass damit die EU-Gesetze zum Grundwasserschutz nicht eingehalten werden. Transportiert wird dadurch eine Blockade- und Verweigerungshaltung. Dabei steht auf vielen Plakaten der Wunsch „Redet mit uns“.

Vielleicht ist die Bundesregierung, die sich agrarpolitisch wirklich nicht mit Ruhm bekleckert, für diesen Redebedarf die falsche Ansprechpartnerin. Vielleicht sollten die Demos besser vor den Zentralen der Landesbauernverbände und dem Hauptstadtbüro des Deutschen Bauernverbandes stattfinden. Denn dort wurde maßgeblich dafür gesorgt, dass es in der Agrarpolitik einen enormen Reformstau zulasten der bäuerlichen Strukturen gibt und die Branche immer mehr das Gespür für die Wünsche der Menschen verloren hat. Mit dem Beharren auf alte, überholte Strukturen und Produktionsweisen hat der Bauernverband einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass viele Betriebe mit dem Rücken zur Wand stehen. Eine Politik nach dem Motto „Weiter so“ bietet der bäuerlichen Landwirtschaft keine Zukunftsperspektive.

## Wohin fließt das Geld?

Der Umbau der Nutztierhaltung wurde jahrelang blockiert, obwohl spätestens seit Vorlage eines Nutztiergutachtens im Frühjahr 2015 bekannt war, wie schlecht es in den Ställen aussieht, wie es besser gehen könnte und welche Umbauschritte notwendig wären. Zudem will eine Mehrheit der Menschen verbesserte Haltungsregelungen. Es gibt zudem genug Belege, dass die gängige Landwirtschaft massiv zum Artensterben in der Agrarlandschaft beiträgt – beispielsweise durch die Wissenschaftlichen Beiräte des Bundeslandwirtschaftsministeriums oder das Bundesamt für Naturschutz. Darauf wurde mit dem Insekten-Aktionsprogramm (unzureichend) reagiert. Letztendlich verhält es sich mit der Reform der EU-Agrarpolitik ähnlich. Jährlich werden in

der EU 58 Milliarden Euro für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ausgegeben. Der größte Teil dieses Geldes (72 Prozent) wird pauschal nach Fläche ausgezahlt. Wer viel Fläche hat, bekommt viel Geld. Mit diesen Geldern werden jedoch weder ökonomische noch ökologische Ziele erreicht. Sie halten nicht das immense Höfesterben (minus 1,3 Prozent pro Jahr) auf, tragen weder zum Arten- oder Klimaschutz bei noch verbessern sie die Haltungsbedingungen für Tiere. Selbst das Argument, es handelte sich um eine wichtige Einkommensunterstützung, greift zu kurz, denn es findet keine Bedürftigkeitsprüfung statt. Anstatt die Mittel dafür zu nutzen, diejenigen Betriebe, die mehr für den Erhalt der Arten, den Schutz des Klimas oder die bäuerliche Landwirtschaft tun, hält der Deutsche Bauernverband an der Geldverteilung nach dem Gießkannenprinzip fest. Dabei wären genau diese Fördermittel dafür geeignet, die gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen an die Agrarbetriebe zu finanzieren. Denn von alleine schaffen das die meisten Höfe nicht.

Der anhaltende Strukturwandel, das Sterben bäuerlicher Betriebe und der Schwund der Artenvielfalt haben oft die gleiche Ursache: eine Agrarpolitik, die auf maximale Intensivierung und Exportorientierung setzt und vielfach einen ruinösen Wettbewerb zulasten von Mensch, Tier und Natur anheizt. Bäuerliche Landwirtschaft – egal ob ökologisch oder konventionell – und der Schutz von Natur und biologischer Vielfalt dürfen in der politischen Debatte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil: Die für Höfesterben wie Artensterben gleichermaßen verantwortliche Politik muss geändert werden.

Neue Auflagen in den Bereichen Umwelt, Tierwohl, Klima und Artenschutz stellen alle Betriebe vor große Herausforderungen. Gerade für kleine und mittlere Betriebe ist das schwer. Daher sollten diese im Rahmen der EU-Agrarpolitik stärker unterstützt werden – das sehen übrigens 73 Prozent der BundesbürgerInnen ebenso, wie eine repräsentative Umfrage 2018 ergeben hat. Minimale Erzeugerpreise, schlechte wirtschaftliche Aussichten, fehlende Hofnachfolge und Bauernbashing sind Alltag vieler LandwirtInnen. In einer

solchen Situation noch zusätzliche Leistungen zu erbringen, ohne dafür eine Extra-Entlohnung zu bekommen, dürfte nur bei den wenigsten auf offene Ohren stoßen.

### Mehr Respekt und Unterstützung – dafür müssen alle an einen Tisch

Deshalb ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Zukunft der Landwirtschaft dringend notwendig. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Brot für die Welt und Greenpeace fordern von der Bundesregierung, eine Landwirtschaftskommission einzuberufen. Bereits vor drei Jahren brachte die damalige Umweltministerin Barbara Hendricks einen Gesellschaftsvertrag mit der Landwirtschaft ins Spiel. Ihr ging es darum, die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft zu definieren, den Status quo zu erfassen und die finanziellen sowie zeitlichen Umbauschritte zu vereinbaren. Eine Herausforderung, die heute immer noch gelöst werden muss. Dafür braucht die Landwirtschaft nicht nur den eingeforderten Respekt, sondern auch gesellschaftliche Unterstützung. Sowohl durch faire Erzeugerpreise als auch durch Fördermittel und Programme.

Das ist das Herzstück der dringend notwendigen Agrarwende und muss nun die Hauptaufgabe der Agrarpolitik sein. Der Umbau der Nutztierhaltung und des Ackerbaus (sowie des Grünlandes) mit darauf abgestimmten Agrar-Milliarden aus Brüssel können den jahrelangen Reformstau aufheben und der Landwirtschaft den Weg in eine gedeihliche Zukunft weisen. Hierfür sind alle gefragt: die Grüne-Kreuz-Aufsteller, die Land-Schafft-Verbinder, die Agrarpolitik, die Bauernverbände, die zivilgesellschaftlichen NGOs und schließlich die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Christian Rehmer leitet den Themenbereich Agrarpolitik beim BUND.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 275 86 473,  
E-Mail: christian.rehmer@bund.net, www.bund.net



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## E wie Ernährung

Gerade Eltern stehen oft vor einem Dilemma, wenn nachhaltige Ernährungsempfehlungen den Produkten der Lebensmittelindustrie gegenüberstehen. Mangelhafte Kommunikation führt zu Verunsicherung und Überforderung, Belehrungen führen am Ziel vorbei. Ein Plädoyer für eine vertrauensvolle Informationskultur, die zu einem besseren Umgang mit uns und dieser Erde führt.

G. Maschkowski  
**Ernährungskommunikation - alltagstauglich, salutogen und transformativ**  
Drei Fallstudien zu Ernährungspraxis und -umfeld von Familien  
330 Seiten, Broschur, 29 Euro,  
ISBN 978-3-96238-167-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

sieren und zu verstärken: Rückzugsflächen in der Agrarlandschaft, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie wissenschaftliche Ursachenforschung zum Insektenrückgang.

Die UMK drängt auch darauf, der Meeresverschmutzung durch Eintrag von Meeresmüll aus der Fischerei, insbesondere durch verlorenes oder zurückgelassenes Fischereigerät (sogenannte Geisternetze) entgegenzuwirken.

Die Konferenz spricht sich zudem dafür aus, dass der ehemalige deutsch-deutsche Grenzstreifen – das Grüne Band – soweit möglich zum nationalen Naturmonument erklärt wird.

Die nächste UMK findet voraussichtlich vom 13.–15. Mai 2020 in Kassel statt. [aw]

► 93. UMK: [www.umweltministerkonferenz.de/Presse.html?newsID=229](http://www.umweltministerkonferenz.de/Presse.html?newsID=229)

## VERKEHR & TOURISMUS

### Luftverkehr

## Rufe nach Besteuerung

■ Im EU-Finanzrat im November haben sich neun EU-Staaten für eine Besteuerung des Flugverkehrs ausgesprochen. Dem Umweltinformationsdienst ENDS zufolge wandten sich die VertreterInnen von Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Schweden an die neue EU-Kommission, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag auszuarbeiten.

Ein europäischer Ansatz würde gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle EU-Mitgliedstaaten schaffen. Derzeit gebe es regional große Unterschiede bei der Besteuerung, wobei die durchschnittliche Steuer, die auf Flugtickets erhoben werde, bei nur vier Euro liege. Der Preis für das Fliegen müsse die externen Kosten besser widerspiegeln.

Mit Blick auf Deutschland erklärten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Umweltdach-

## Schwache Halbzeitbilanz der Großen Koalition

**Hehre Ziele, halberzige Ankündigungen und ernüchternde Maßnahmen – das zeichnet im Rückblick zweieinhalb Jahre GroKo aus, meint Florian Schöne vom DNR.**

Die Bundesregierung hat zur Hälfte ihrer Amtszeit eine enttäuschende Umweltbilanz vorgelegt. Wichtige Themen wie Insektensterben, Kohleausstieg, Verkehrswende oder Agrarreform wurden zwar von der Politik aufgegriffen und diskutiert, bei der Lösung dieser Probleme ist die Regierung aber nur minimal vorangekommen. Bundeskanzlerin Merkel blieb beim Thema Umwelt zudem weitestgehend unsichtbar, während die dringend notwendigen Reformschritte in der Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik weiter an einer erschreckend zögerlichen Politik sowie an den Widerständen der Lobbyvertreter in Ministerien und Branchenverbänden scheitern.

In der Klimapolitik hat die Regierung trotz eines enorm starken gesellschaftlichen Rückhalts sowie trotz Kohlekommission und Klimakabinetts ein Paket vorgelegt, das bei den entscheidenden Herausforderungen versagt. So wird der geplante CO<sub>2</sub>-Preis von zehn Euro pro Tonne wirkungslos bleiben. Zudem ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem in der Windenergie, durch eine Blockadepolitik des Bundeswirtschaftsministeriums weitgehend zum Erliegen gekommen. Auf dem Weg hin zu 100 Prozent Ökostrom fehlen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gesetzlich fixierte Zwischenziele und eine Bund-Länder-Strategie, um die Flächen- und Ertragspotenziale für die Energiewende zu nutzen. Positiv ist allenfalls das Bundesklimaschutzgesetz, das den lange vermissten ressortübergreifenden Rechtsrahmen für die Maßnahmen zum Klimaschutz erstmalig schaffen könnte. Dennoch wird Deutschland mit diesem „Klimapäckchen“ die Klimaschutzziele 2030 deutlich verfehlen.

Auch Verkehrsminister Scheuer verschleppt weiter den Klimaschutz: Die von ihm einberufene Nationale Plattform zur Zukunft der Mobilität (NPM) hat durchaus wichtige Vorschläge für eine Verkehrswende erarbeitet, wurde aber auf der Zielgeraden vom Minister massiv ausgebremst und diskreditiert. Jenseits zusätzlicher Investitionen in den Bahnverkehr oder einer geplanten Absenkung der Mehrwertsteuer für Bahntickets hat Scheuer

trotz steigenden Handlungsdrucks nicht viel vorgelegt. Zentrale Maßnahmen wie die Einführung eines Bonus-Malus-Systems beim Kauf neuer Autos, die Ausweitung der Lkw-Maut oder die Förderung einer echten Mobilitätswende in den Städten lassen weiter auf sich warten. Stattdessen treibt Scheuer Gesetze zur Planungsbeschleunigung voran, deren Ziel es ist, die Klagerechte von Verbänden und Bürgern zu beschneiden sowie auf formale Umweltprüfungen zu verzichten.

Die bisherige Antwort der Bundesregierung auf das dramatische Artensterben ist ebenfalls ungenügend. Zwar hat die Regierung mit dem Aktionsprogramm Insektenschutz einen Schritt in die richtige Richtung getan. Entscheidend wird aber die konkrete Umsetzung sein, bei der das Bundeslandwirtschaftsministerium sowie die Unionsfraktion bereits deutliche Vorbehalte angemeldet haben. Zugleich ist Agrarministerin Julia Klöckner immer noch die angekündigte Ackerbaustrategie schuldig geblieben, und auch bei der EU-rechtlich notwendigen Nachbesserung des Düngerechts hält die Hängepartie zwischen Bundesregierung und EU-Kommission an. Bei der Tierhaltung setzt die Regierung nach wie vor auf weitgehend erfolglose freiwillige Vereinbarungen, obwohl es dringend gesetzlicher Verbesserungen etwa für die Ferkelkastration, das Töten von Eintagsküken oder das Schnabelkürzen bedarf. Ministerin Klöckner hat sich derweil vorrangig mit volksnaher Rhetorik und inhaltsarmer Selbstinszenierung hervorgetan, anstatt Antworten auf die wachsenden Umweltbelastungen und den anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft zu liefern.

Mit ihrer zögerlichen Politik hat die Bundesregierung insgesamt wichtige Zeit verstreichen lassen und eine große Chance für überfällige Veränderungen verspielt. Jetzt muss die Regierung liefern. Hehre Ziele und Ankündigungen ersetzen dabei keine konkreten politischen Maßnahmen.

**Florian Schöne ist politischer Geschäftsführer des Umweltdachverbandes Deutscher Naturschutzring.**

## DNR INTERN

Neue Initiative**Nachhaltig digital**

■ Der Deutsche Naturschutzring ist im November dem Partnernetzwerk der Initiative „Digital für alle“ beigetreten und will das Bündnis im Bereich Digitalisierung und Nachhaltigkeit ergänzen. Die Initiative beschäftigt sich mit der Frage, wie alle Menschen in Deutschland die digitalen Entwicklungen besser verstehen und von ihnen profitieren können. Unter anderem ist ein Digitaltag am 19. Juni 2020 geplant, an dem über Sorgen und Ängste, über Chancen und Herausforderungen diskutiert werden soll. Mehr als 20 Partner haben sich dazu in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis zusammengeschlossen und wollen die digitale Teilhabe für alle fördern. Einen Aktionstag zu digitalen Themen soll es zukünftig jedes Jahr geben. DNR-Präsident Kai Niebert ist im Beirat vertreten. [jg]

► [www.digitaltag.eu](http://www.digitaltag.eu)

Nachhaltiger ökonomischer Wandel**EU-Thinktank für Innovationen**

■ DNR-Präsident Kai Niebert ist seit Oktober akademisches Mitglied der High Level Group on Financing Sustainability Transition, die seit dem vergangenen Jahr existiert. Vorsitzender ist Jeroen Dijsselbloem, ehemaliger Finanzminister der Niederlande und ehemaliger Chairman der Finanzminister der Eurozone. Die Gruppe zur Finanzierung eines nachhaltigen Wandels gehört zum unabhängigen Thinktank High Level Groups, der Ende 2011 vom EU-Rat lanciert wurde.

Der erste Beitrag von Kai Niebert in dem Gremium widmet sich umweltschädlichen Subventionen. [mbu]

► [www.highlevelgroup.eu/financing-sustainability-transition](http://www.highlevelgroup.eu/financing-sustainability-transition)

## AUS DEN VERBÄNDEN

Gemeinnütziges Engagement**Demokratie ist so stark wie ihre Zivilgesellschaft**

■ Ende Oktober haben zwölf Dachverbände und Netzwerke, darunter der DNR, eine gemeinsame „Charta für Zivilgesellschaft und Demokratie“ veröffentlicht. Die Organisationen betonen darin die Bedeutung einer unabhängigen Zivilgesellschaft für eine lebendige und starke Demokratie.

„Wir beobachten mit Sorge zunehmende Forderungen aus dem politischen Raum, gemeinnützige Organisationen in ihrer Arbeit einzuschränken, sei es durch politische Vorstöße zur Aberkennung ihres Status der Gemeinnützigkeit, durch Diffamierungen, durch Kürzung von Fördermitteln oder durch Einschränkung ihrer Klagebefugnisse. Bestrebungen dieser Art betrachten wir als Missachtung aktiver Zivilgesellschaft und lehnen dies ab“, heißt es in dem gemeinsamen Positionspapier.

Nach Überzeugung der UnterzeichnerInnen übernehmen zivilgesellschaftliche Organisationen neben dem täglichen gesellschaftlichen Engagement eine Brückenfunktion zwischen Bevölkerung und Politik. Ihre bisweilen kritische Begleitung und Kontrolle politischer Prozesse gehören zum anerkannten demokratischen Selbstverständnis freiheitlicher Gesellschaften.

Allerdings haben in jüngster Zeit tagesspolitische Äußerungen zu Themen, die nicht eindeutig mit den Satzungszwecken verbunden sind, bei manchen Verbänden zum Verlust der Gemeinnützigkeit geführt. Zudem hängt der Status der Gemeinnützigkeit offensichtlich von der Rechtsauslegung der Finanzbehörden ab.

Daher fordern die Organisationen, die die Charta tragen, eine rasche Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, mit der sichere Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement seitens der Politik geschaffen werden.

„Zivilgesellschaftliche Organisationen sind [...] die Gestalter des gesellschaftlichen

Zusammenhalts und legen bei Bedarf den Finger in die Wunde. Wenn eine sich selbst ermächtigende Zivilgesellschaft vom Staat ausgetrocknet wird – und das können wir leider in einigen europäischen Ländern beobachten –, stirbt letztlich auch ein wichtiger Teil der Demokratie“, mahnen die Organisationen. [mbu]

► [Charta für Zivilgesellschaft und Demokratie: www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2019-DNR\\_Charta-Zivilgesellschaft-Demokratie.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2019-DNR_Charta-Zivilgesellschaft-Demokratie.pdf)

Umweltbildung**ökopädNEWS bleiben**

■ Der Newsletter mit Neuigkeiten aus der Umweltbildung – unseren LeserInnen als ökopädNEWS bekannt – bleibt auch nach der Beendigung der Zeitung umwelt aktuell erhalten. Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) wird die Informationen als Digitalausgabe ab Februar 2020 auf ihrer Internetseite zur Verfügung stellen.

Über 300 Ausgaben der ökopädNEWS sind bisher erschienen, seit 2007 als ein wichtiger Bestandteil der umwelt aktuell. Das Redaktionsteam bedankt sich für die jahrelange gute Zusammenarbeit bei der ANU und nimmt Umweltbildungsthemen weiter in Nachfolgepublikationen auf. [jg]

► ökopädNEWS im Netz: [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)

Broschüre**Ökologische Zukunft demokratisch gestalten**

■ Im November ist eine neue Broschüre der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) „Prima Klima? Natur- und Umweltschutz in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung“ erschienen. Sie setzt Impulse für einen demokratischen Natur- und Umweltschutz. Dabei geht es hauptsächlich um die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Denn auch im Natur- und Umweltschutz werden rassistische und nationalistische Stimmen lauter. Demokratische Natur- und UmweltschützerInnen müssen sich damit auseinandersetzen, was sie dem entgegenhalten und wie sie sich davon abgrenzen können.

Die Beiträge in der Broschüre beschäftigen sich mit den Traditionen des demokratischen Natur- und Umweltschutzes in Deutschland und der Frage, wie soziale Bewegungen die Zukunft sozialökologisch für alle gestalten können. Sie nehmen Klimaleugnung und Klimaskepsis unter die Lupe und zeigen, wie sich tradierte rassistische Denkmuster in der Naturkunde bis heute halten. Sie beschreiben die Chancen einer menschenrechtsorientierten sozialen Arbeit und einer interkulturellen Öffnung der Umweltverbandsarbeit.

Die Autorinnen und Autoren wollen Menschen ermutigen, die sich im Natur- und Umweltschutz engagieren, ihr eigenes Handeln zu reflektieren und ihre Motive im Hinblick auf rechte Ideologien zu überprüfen. [mbu]

- ▶ Download der Broschüre:  
[www.nf-farn.de/prima-klima-natur-umweltschutz-in-zeiten-gesellschaftlicher-polarisierung](http://www.nf-farn.de/prima-klima-natur-umweltschutz-in-zeiten-gesellschaftlicher-polarisierung)
- ▶ Gedruckte Exemplare per E-Mail mit dem Betreff „Prima Klima?\": [presse@nf-farn.de](mailto:presse@nf-farn.de)
- ▶ [www.nf-farn.de](http://www.nf-farn.de)

## EHRENAMT

### Freiwilliges Ökologisches Jahr

## „Die Welt ein kleines Stück besser machen“

■ Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) existiert seit fast 30 Jahren in Deutschland, anfangs noch nicht in allen Bundesländern. In Niedersachsen wurde 1986 der Grundstein gelegt, ein Jahr später startete das Pilotprojekt mit 35 Plätzen, auf die sich Hunderte bewarben. Dann stießen Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein zum Modellprojekt hinzu. Seitdem haben allein in Baden-Württemberg mehr als 2.000 junge Menschen ein FÖJ absolviert.

Mit dem „Bundesgesetz zur Förderung eines Freiwilligen Ökologischen Jahres“ vom Dezember 1993 endete die reine Modellphase und heute gibt es bundesweit rund 3.000 Einsatzstellen. In diesem Jahr bewarben sich dafür eine Rekordzahl von 13.000 jungen Menschen, meldet der Förderverein Ökologische Freiwilligendienste beziehungsweise das Bundesnetzwerk FÖJ. Nach Angaben einer Sprecherin des zuständigen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) haben im Inland seit 1996 bis

heute rund 50.860 Freiwillige ein FÖJ absolviert.

Die geleistete Freiwilligenarbeit ist aus vielen Verbänden nicht mehr wegzudenken. Doch was ist ein FÖJ überhaupt, was sind die Voraussetzungen für die Teilnahme und wie läuft das Jahr ab?

Um ein FÖJ leisten zu können, muss man die Vollzeitschulpflicht absolviert haben. Außerdem gibt es eine Altersbegrenzung von 25 beziehungsweise 26 Jahren. Die Bewerbungen können das ganze Jahr über bei einem der bundesweit 52 FÖJ-Träger eingereicht werden. Nach einem erfolgreichen Vorstellungsgespräch startet jeder FÖJ-Jahrgang im September in einer Einsatzstelle aus den Bereichen Naturschutz, Landwirtschaft, Forst, Umweltbildung oder Umweltverwaltung. Abgesehen von der Arbeit in den Einsatzstellen organisieren die Träger wie in Berlin die Stiftung Naturschutz Seminarwochen, in denen man sich mit anderen FÖJlern trifft.

„Ein FÖJ bietet viele Vorteile“, sagt Ayleen Altindag, die seit September beim Deutschen Naturschutzring ihr FÖJ absolviert. Das Jahr diene der Steigerung des Umweltbewusstseins, der beruflichen Orientierung, der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der persönlichen Weiterentwicklung. Man bekomme die Möglichkeit, viele neue Freundschaften



## Den Horizont erweitern...

...mit allen Seiten der Nachhaltigkeit

Ob Umweltforschung oder Umweltpolitik, ob Naturschutz oder ökologische Wirtschaft: Die oekom-Fachzeitschriften geben nachhaltige Denkanstöße. Überzeugen Sie sich selbst – mit einem **rabattierten Probeabo!**



[www.oekom.de/zeitschriften](http://www.oekom.de/zeitschriften), [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de)

zu schließen und sich für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz einzusetzen. „Ich denke, ein FÖJ gibt jedem die Möglichkeit zu helfen, die Welt ein kleines Stück besser zu machen.“ [aya/jg]

- ▶ [www.foej.de](http://www.foej.de)
- ▶ [www.stiftung-naturschutz.de](http://www.stiftung-naturschutz.de)

Tag der Demokratie

## Bürgerrat präsentiert Ergebnisse

■ Mitte November hat der Bürgerrat Demokratie seine Vorschläge zur Stärkung der Demokratie an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und die Bundestagsfraktionen übergeben. Gleichzeitig schuf der Aktionskünstler John Quigley mit Hunderten von Menschen ein lebendiges Kunstwerk unter dem Titel Democracy for Future vor dem Reichstag.

Im Bürgerrat Demokratie hatten 160 per Los ausgewählte Menschen mehrere Monate lang zusammengearbeitet. Die Kernforderungen des Bürgerrats sind:

- ▶ die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen;
- ▶ das Einsetzen weiterer geloster Bürgerräte zu bundespolitischen Themen;
- ▶ die Einrichtung einer eigenen Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie;
- ▶ ein Lobbyregister.

Der Bürgerrat empfiehlt, die „bewährte repräsentative Demokratie ... durch eine Kombination von Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden auf Bundesebene“ zu ergänzen. „Das Experiment ist geglückt!“, sagte die Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie, Claudine Nierth, die gemeinsam mit der Schöpflin Stiftung den Bürgerrat Demokratie initiiert hatte. Unterstützt wird das Projekt auch von der Stiftung Mercator. Die Durchführung lag in den Händen der Institute nexus und IFOK (Institut für Organisationskommunikation). [jg]

- ▶ [www.mehr-demokratie.de/news/voll/tag-fuer-die-demokratie-15-november](http://www.mehr-demokratie.de/news/voll/tag-fuer-die-demokratie-15-november)

## PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Engagementpreises 2019

### Top 50 beim Publikumspreis

■ Mehr als 100.000 Bürgerinnen und Bürger haben entschieden: Aus Nordrhein-Westfalen schafften es in diesem Jahr 12 Nominierte in die Top 50 der Online-Abstimmung über den Publikumspreis, gefolgt von Bayern mit 9 Nominierten sowie Hessen und Baden-Württemberg mit jeweils 5 Nominierten. Eine Übersicht über die 50 Erstplatzierten der Abstimmung steht auf der Website des Deutschen Engagementpreises.

Jede der abgegebenen Stimmen ist ein Zeichen der Wertschätzung für die Engagierten. Insgesamt wurden 617 herausragend engagierte Personen und Initiativen von 210 Preisurrichtern nominiert – sie hatten die Chance, die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung zu erhalten. Neben dem Votum über den Publikumspreis hat eine Fachjury im September über die Preisträgerinnen und Preisträger in fünf Kategorien entschieden, die mit jeweils 5.000 Euro dotiert sind.

Außerdem hat sich die Jury in diesem Jahr entschlossen, mit einem zusätzlichen einmaligen Sonderpreis ein Zeichen zu setzen: Der Preis hebt ein Projekt hervor, das in besonderem Maße beispielhaft für freiwilliges Engagement und eine couragierte Zivilgesellschaft steht. Es zeigt, wie ein Zusammenschluss engagierter Bürgerinnen und Bürger sowie kommunaler Akteure gemeinsam vor Ort etwas wirksam bewegt und mit großer Entschlossenheit für demokratische Werte einsteht. Der Sonderpreis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Für den Dachpreis Deutscher Engagementpreis konnten ausschließlich die Preisträgerinnen und Preisträger anderer Wettbewerbe nominiert werden, die freiwilliges Engagement in Deutschland auszeichnen. Bekannt gegeben werden die Gewinnerinnen und Gewinner aller sieben Preise bei einer festlichen Preisverleihung am 5. Dezember in Berlin. [mbu]

- ▶ [www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis](http://www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis)

## Impressum

umwelt aktuell Dezember 2019

ISSN (Print) 1865-3901

ISSN (Online) 2510-6767

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Karen Thormeyer [kt] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Ayleen Altindag [aya], Ilka Dege [id], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** Titel © DLR, S. 7 © Manuel Frauendorf Fotografie **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:**  
 Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: [oekom-abo@verlegerdienst.de](mailto:oekom-abo@verlegerdienst.de)

**Anzeigen:** oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)  
 Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.